

**Pressestimmen**

**FÜHRUNGSKRISE IN ITALIEN**

**Süddeutsche Zeitung**

„Pest & Cholera“ Die Protestbewegung Cinque Stelle und die Rechtspartei Lega haben nicht zueinander gefunden. Eine europafeindliche, russlandfreundliche, populistische Regierung wäre verheerend gewesen. Die Gunst der Wähler für die beiden Parteien ist jedoch ungebrochen. Und so ist zu befürchten, dass bei den nächsten, wahrscheinlich bald fälligen Wahlen eine wirkliche Katastrophe in Italien geschieht: Dann werden Lega und Cinque Stelle das Parlament konkurrenzlos beherrschen wie Pest und Cholera.

■ Süddeutsche Zeitung, München

**taz. die tageszeitung**

„Risiko“ Wenn es nach Renzi geht, sollen die Rechte und die Fünf Sterne jetzt den Regierungsjob machen – wohl in der Hoffnung, deren Scheitern werde seine PD wieder erstarken lassen. Damit riskiert Renzi allerdings, Millionen Wähler zu verlieren.

■ taz, Berlin

**Kalenderblatt**



Foto: Epa

**DAS GESCHAH AM ...**

**9. Mai**

■ **1873:** „Schwarzer Freitag“: Ein riesiger Börsenkrach leitet das Ende des Freihandels in Österreich ein. Er ist eine Folge der durch die gewaltige Spekulationswelle der Gründerzeit ungesund aufgeblähten Wirtschaft.

■ **2013:** Nach 139 Tagen Geiselhäft sind der im Jemen entführte Österreicher Dominik N. (26) und ein finnisches Ehepaar wieder frei.

■ **Todestage:** **Ottavio Missoni**, ital. Modeschöpfer (1921-2013), **Bryan Forbes**, brit. Regisseur (1926-2013)

**LESERBRIEFE**

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 13, und im Internet unter: [nachrichten.at/leserbriefe](http://nachrichten.at/leserbriefe)

**Wirtschaft verstehen**

**Karl Marx und sein trendiger Antikapitalismus**

**K**arl Marx, dessen Geburtstag sich dieser Tage zum 200. Mal jährte, war überzeugt, dass der Kapitalismus dem Untergang geweiht war. Gar nicht vorstellen konnte er sich, dass der Kapitalismus irgendwann auch die Armen reicher machen würde. Er ging davon aus, dass deren Verelendung Jahr für Jahr zunehmen würde, so weit, bis die Armen rebellierten und die Revolution auslösten.

Eine der krassesten Fehlprognosen aller Zeiten. Seine Idee des Sozialismus war eine ehrgeizige Theorie, die in der Praxis kläglich gescheitert ist. Durchgesetzt hat sich hingegen in den vergangenen

200 Jahren weltweit der Kapitalismus. Trotzdem hat der Kapitalismus bis heute wenig bekennde Unterstützer.

Er gilt sogar in der Meinung vieler als Ursache allen Übels auf der Welt. Turbo-, Raubtier- und Finanzkapitalismus, Neoliberalismus und nicht zu vergessen Globalisierung gehören zum antikapitalistischen Vokabular. „So kann es nicht weitergehen“, lautet der Grundtenor.

Das schlechte Image des Kapitalismus ist erstaunlich, denn eine überwältigende Zahl von langfristigen Daten zeigt, warum der Ka-



KOLUMNE

VON TEODORO COCCA

pitalismus beibehalten werden muss. Die freie Marktwirtschaft und der Wettbewerb sind unbestritten die treibende Kraft für Wohlstand. Auch nach Krisen, die zum Kapitalismus gehören, beginnt der nächste Zyklus auf einem höheren Wohlstandsniveau.

Oftmals wird eine kapitalistische Marktwirtschaft mit einer ungleichen Verteilung des Vermögens in Verbindung gebracht. Entscheidend ist allerdings die Frage, ob der Kapitalismus in der Lage ist, den Lebensstandard der breiten Massen, auch der Ärmsten, zu

heben. Diese Frage kann mit Ja beantwortet werden, da der Kapitalismus die Wirtschaftsform mit den größten Erfolgen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung der Produktivität, des Lebensstandards und der Reallohne ist.

Seit 1990 ist sowohl die relative als auch die absolute Anzahl der armen Menschen global gesunken. Eine schnell wachsende Volkswirtschaft begünstigt somit reiche als auch arme Menschen. Folgendes Beispiel verdeutlicht dies: Während am Anfang des 20. Jahrhunderts noch 70 Prozent der Weltbevölkerung unter der Armutsschwelle lebten, waren zu Beginn

des 21. Jahrhunderts „nur“ noch 20 Prozent unter der Armutsschwelle. Ohne Zweifel gibt es auch weiterhin große Probleme auf der Welt, und eine Weiterentwicklung des kapitalistischen Systems ist notwendig (z.B. Umweltzerstörung). Aber diese quasi-religiöse Verachtung desjenigen Wirtschaftssystems, das im Vergleich zu alternativen Systemen so viel Gutes hervorgebracht hat, zeugt dennoch von einer erstaunlichen Verdrängung aller Vorzüge, welche wir alle tagtäglich genießen.

**Teodoro D. Cocca** ist Professor und Leiter der Abteilung für Asset Management an der Linzer Uni



Matthias Strolz: Vorbild für Oppositionspolitiker? Karikatur: Mayerhofer

**Menschen**

**Nikol Paschinian**

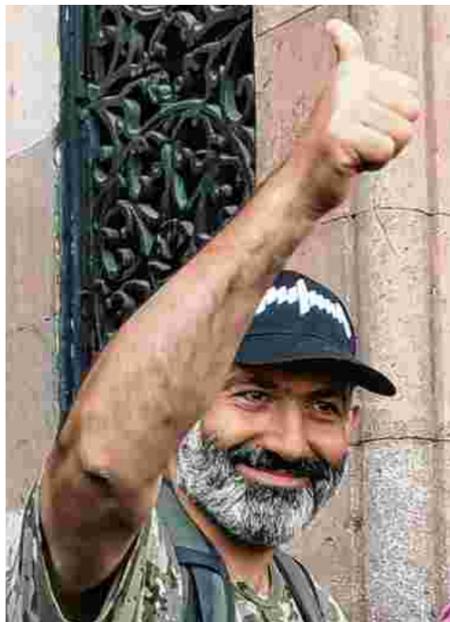
**Der samtene Revolutionär**

Von Heidi Riepl

**N**ein, staatsmännisch sieht Nikol Paschinian wahrlich nicht aus. Mit seinem graugrünen Tarn-T-Shirt, der schwarzen Kappe und dem Rucksack erinnert der 42-Jährige eher an die alten kriegerischen Hirten aus der rauen Bergwelt des Kaukasus. Manche vergleichen ihn auch mit Che Guevara. Seine demonstrative Volksnähe hat ihn nun nach ganz oben gebracht: Der selbsternannte Kämpfer gegen Korruption wurde gestern zum neuen Regierungschef Armeniens gewählt. Nach der Niederlage vergangener Woche gelang dem Oppositionsführer damit im zweiten Anlauf der friedliche Machtwechsel.

„Er war zur richtigen Zeit am richtigen Ort“, sagen Beobachter über den ehemaligen Journalisten, der fast im Alleingang eine hunderttausendköpfige Protestbewegung auf die Beine stellte. Die bitterarmen Armenier wollten nicht länger zuschauen, wie die Mächtigen mit ihren protzigen Limousinen und Villen immer reicher wurden. Dankbar folgten sie Paschinians Appellen. Die sogenannte „Samtene Revolution“ zwang schließlich Mitte April den Langzeitherrscher Sargsjan zum Rücktritt.

„Unsere Bewegung will die Atmosphäre im Land verändern“, verspricht Paschinian, der bereits als Student wegen seiner Ansichten von der Uni flog und dann als Journalist mit Enthüllungsgeschichten aufrütteln wollte. Als er in die Politik wechselte, eckte der charismatische Vater von vier Kindern wieder an und musste für zwei Jahre ins Gefängnis. Mit seinem jetzigen Triumph ist er aber längst nicht am Ziel. Paschinian steht jetzt vor der wohl härtesten Aufgabe seiner Karriere: Er muss regie-



Armeniens neuer Regierungschef will die Atmosphäre im Land verändern. Foto: Reuters

ren. Armenien ist in einer schwierigen Lage: Das Land hat einen ungelösten Konflikt mit Aserbaidschan. Außenpolitisch möchte er an der Partnerschaft mit Russland festhalten. Das ist pragmatisch: Armenien hat auch keine Alternative. Innenpolitisch verspricht er mehr Demokratie. Die korrupten Seilschaften sollen gesprengt, der Wohlstand gerechter verteilt werden. Die Erwartungen der Armenier sind groß und könnten rasch zur Last werden.

**Leitartikel**

Von Stefan Scholl



**Saure-Gurken-Zeit in Russland**

**A**mtseinführungen sind überall auf der Welt politische Formalitäten. Das gilt für Russland erst recht. Obwohl Präsident Wladimir Putin wie auch andere Staats- und Regierungschefs durchaus nichts dagegen hat, sich feiern zu lassen. Und obwohl sein politisches Publikum dabei die Augen vor Begeisterung deutlich weiter aufreißt als anderswo üblich, bei Macron, Merkel oder auch Trump.

Schon vor der Zeremonie berichtete das Kremlprotokoll von mehreren Arbeitstreffen des Präsidenten. Business as usual, war die Botschaft. Der feierliche Empfang im Kreml war kaum beendet, da widmete sich der Präsident wieder demonstrativ der Alltagspolitik und bestätigte Premierminister Dimitri Medwedjew im Amt. Was in Moskau als keineswegs sicher galt, in den vergangenen Jahren hatte Putin einige Gefolgsleute auf dritt-

**Putin hat kein großes Interesse an wirklichen Veränderungen**

klassige Positionen abgeschoben. Aber an Medwedjew hält er fest. Medwedjew, ein erklärter Liberaler, machte den Job vier Jahre lang ohne Begeisterung. Er galt als schwache, oft sogar lächerliche Figur, auch weil er eine Wirtschaftspolitik veranstalten musste, die eher staatsmonopolistisch als liberal geriet. Dass er nun Putins demonstratives Vertrauen genießt, poliert seinen Ruf als möglicher Nachfolger des zwölf Jahre älteren Staatsschefs. Aber es bedeutet wohl kaum, dass Putin eine neue Politik von ihm erwartet.

Auch wenn Putin selbst seine Wahlkampfreden bestätigte, in der er ganz Russland zum großen technologischen Aufbruch aufrief. Optimisten hatten schon gehofft, der Staatsschef meine das ernst und würde Medwedjew durch Ex-Finanzminister Alexander Kudrin ersetzen, der seit Jahren auf umfassende marktwirtschaftliche Reformen pocht. Jetzt heißt es, Kudrin solle als Berater in den Kreml, dort versauerten vor ihm schon andere liberale Reformer...

Putins Propaganda feiert neue Wunderwaffen, neue Wundermedikamente, Russlands IT-Genies und seine Kriegshelden. Aber fast scheint es, als wolle man mit solchen Sensationen die wirtschaftliche und innenpolitische Saure-Gurken-Zeit verdrängen, die längst herrscht. Das Realeinkommen hängt seit Jahren durch, Talente fliehen ins Ausland, im Inland sind Repressalien gegen Andersdenkende längst eine Alltäglichkeit. Das putinsche Russland scheint immer mehr auf Parallelkurs zur späten Sowjetunion zu sein: Es bewegt sich kaum noch.

✉ [s.scholl@nachrichten.at](mailto:s.scholl@nachrichten.at)